

Entscheiden Schwarzseher Abstimmung?

RTVG Hunderttausende zahlen keine Mediengebühr - bei ihnen zieht das Hauptargument der Befürworter nicht

VON BENNO TUCHSCHMID

Das Argument scheint bestechend. Die neue Radio- und TV-Gebühr sei schlicht kostengünstiger, sagte SRG-Generaldirektor Roger de Weck im Interview mit dieser Zeitung: «Die Gebühr sinkt von 450 auf rund 400 Franken.» Fünfzig Franken weniger haben oder nicht haben. Eine einfache Rechnung.

Doch es gibt Bürger, die mit der neuen Mediengebühr nichts sparen. Weil sie heute widerrechtlich nichts zahlen. Für sie bedeutet die neue Mediengebühr 400 Franken mehr. Die Schweizer Schwarzseher werden am 14. Juni beim Referendum über das neue Radio- und TV-Gesetz zum politischen Faktor.

Eine genaue Statistik fehlt. Schätzungen gehen von mehreren 100 000 Haushalten und Gewerbebetrieben aus, die sich heute um die Gebühr drücken. Die Billag versendet jährlich bis zu 300 000 Briefe an

nicht oder nur teilweise angemeldete Unternehmen und Privatpersonen.

Besonders beim Gewerbe ist die Anmeldequote tief: Das Bundesamt für Kommunikation (Bakom) gibt in seinem Faktenblatt zur Abstimmung an, dass 533 891 Betriebe nicht angemeldet sind. Wie viele davon laut Gesetz zahlungspflichtig wären, ist nicht bekannt. Die Rechtslage ist aber simpel: Betriebe, in denen ein Gerät steht, das zum Programmempfang geeignet ist, müssten zahlen. «Ansonsten handelt es sich um einen schwarzhörenden beziehungsweise schwarzsehenden Betrieb», so eine Bakom-Sprecherin. Und dafür reicht ein Geschäftsauto mit Autoradio oder Internet.

«Referendum der Schwarzseher»

Gemäss Bundesamt für Statistik verfügen 100 Prozent aller Betriebe über einen Internetzugang. Der Schluss liegt nahe: Die grosse Mehrheit der rund 530 000 nicht gemel-

deten Betriebe sind Schwarzseher. Hans-Ulrich Bigler, Direktor des Gewerbeverbands, findet diese «Kriminalisierung» des Gewerbes «ungeheuerlich». Pikanterweise hat just der Gewerbeverband das Referendum ergriffen. Das liess den Bündner CVP-Nationalrat und RTVG-Befürworter Martin Candinas in einem Meinungsbeitrag in der «Neuen Zürcher Zeitung» leicht enerviert feststellen, es handle sich am 14. Juni um «ein Referendum der Schwarzseher und -hörer».

Die Nerven bei den Befürwortern der neuen Mediengebühr liegen mittlerweile blank. Gemäss einer ersten Trendumfrage des Forschungsinstituts GfS Bern sind 45 Prozent der Befragten gegen das neue Gesetz, 46 dafür. Vor einer Woche äusserte sich zudem mit der Basler SP-Ständerätin Anita Fetz in der «Schweiz am Sonntag» erstmals eine Linke skeptisch zum Systemwechsel. Das Momentum ist gekippt.

Sollte es bei der Abstimmung auf ein knappes Resultat hinauslaufen - und da-

533 891

Betriebe sind laut Bundesamt für Kommunikation nicht bei der Billag angemeldet. Wie viele davon laut Gesetz zahlungspflichtig wären, ist nicht bekannt. Da aber alle dieser Betriebe laut Bundesamt für Statistik einen Internet-Zugang besitzen, liegt der Schluss nahe, dass ein Grossteil dieser nicht gemeldeten Betriebe Schwarzseher sind.

nach sieht es aus - könnten die Hunderttausenden Schwarzseher die Abstimmung mitentscheiden. Laut Thomas Milic, Experte für Abstimmungen bei der Forschungsstelle Sotomo, ist bei Volkstentscheiden die vermutete Auswirkung auf eigene Portemonnaie für viele Stimmbürger oft das stärkste Argument. «Beim RTVG sind viele Stimmbürger jedoch unsicher, was sie finanziell erwartet. Die Befürworter betonen, dass die Gebühr sinkt. Die Gegner dagegen behaupten, dass sie mittelfristig steigt». Die einzige Gruppe, für die klar ist, dass sie mehr zahlen würde, ist diejenige, die heute gar nichts zahlt. Und so könnte es zur absurden Situation kommen, dass eine Gruppierung das Gesetz verhindert, die es aus Sicht des Parlaments, des Bundesrats und der SRG erst nötig gemacht hat: die Schwarzseher. «Es wird eine Frage der Mobilisierung», sagt Thomas Milic, «aber sie könnten die Abstimmung unter Umständen entscheiden.»

NACHRICHTEN

BUDESGERICHT

Beschwerden von Dominique Giroud abgewiesen

Der Walliser Weinhändler Dominique Giroud hat vor dem Bundesgericht eine Niederlage erlitten. Das Gericht wies zwei Beschwerden von Giroud, der im vergangenen Jahr wegen Steuervergehen verurteilt worden war, ab. Gegen das Urteil der Waadtländer Staatsanwaltschaft hatte die Walliser Steuerverwaltung überraschend Einsprache eingebracht. (SDA)

SOZIALHILFE

Regensdorfer Sozialhilfe-Bezüger zu Recht unterstützt

Der Regensdorfer Sozialhilfebezüger, der im Verdacht steht, in Zürich Affoltern einen Türsteher erschossen zu haben, hat laut der Zürcher Sicherheitsdirektion zu Recht zusammen mit seiner Familie Sozialhilfe bezogen. Der 31-jährige Mann bezog in Regensdorf Sozialhilfegelder, soll gleichzeitig aber einen Jaguar gefahren und sich geweigert haben, an Gesprächen mit Sozialarbeitern teilzunehmen. (SDA)

AUSSENPOLITIK

Israel verwehrt Ständeräten Zugang zu Gazastreifen

Die israelischen Behörden haben einer Delegation der Aussenpolitischen Kommission (APK) des Ständerats verboten, in den Gazastreifen zu reisen. Die sechs Ständeräte besuchten Israel und Palästina vom 11. bis am 15. Mai. Felix Gutzwiler (FDP/ZH), Präsident der APK des Ständerats, und Vize-Präsident Christian Levrat (SP/FR) sagten, Israel habe der Delegation die Einreise in den Gazastreifen verweigert. (SDA)

INSERAT

FDP
Die Liberalen

«Die Initiative vernichtet Arbeitsplätze!»

René Leuenberger,
Geschäftsführer
der Gärtnerei
Leuenberger AG,
Nationalrats-
kandidat,
Laufenburg

www.fdp.ch

AM 14. JUNI 2015

NEIN
zur Erbschaftsteuer

«Lobbying ist krass unterreglementiert»

Kasachstan-Affäre Im Interview mit der «Nordwestschweiz» kritisiert Claude Longchamp Christa Markwalder für ihre Leichtgläubigkeit und fordert strengere Regeln für das Lobbying in der Schweiz und Transparenz in der Kommissionsarbeit

VON DENNIS BÜHLER

Claude Longchamp, was hat Sie an der Kasachstan-Affäre am meisten verblüfft?

Claude Longchamp: Christa Markwalder ist selbst Lobbyistin für die Versicherungsbranche und eine erfahrene Politikerin. Ihre Unbedarftheit im Umgang mit dieser Affäre hat mich deshalb schon sehr überrascht.

Welche Fehler hat sie begangen?

Sie hätte wissen müssen, dass eine PR-Agentur wie Burson-Marsteller nie grundlos und ohne Hintergedanken lobbyiert. Sie hätte nicht einfach so glauben dürfen, bei der begünstigten Akzhol-Partei handle es sich um eine Oppositionspartei. Und sie hätte die Weitergabe von Dokumenten aus der Kommission vermeiden sollen. Nur schon um nicht in Verdacht zu geraten.

Ist dieser Fall courant normal und Markwalder hat ganz einfach Pech, dass die NZZ die Vorgänge publik gemacht hat?

Ja und nein. Tatsächlich ist Lobbying in der Schweizer Politik seit Mitte der Neunzigerjahre in allen Themenbereichen an der Tagesordnung. Bei der Intervention von Burson-Marsteller im Auftrag Kasachstans aber handelt es sich um speziell aggressives Lobbying, das nur schon deshalb atypisch ist, weil es im Ausland orchestriert wurde. Während sich hiesige Lobbyisten bewusst sind, dass sie ihre Interessen nicht einseitig durchsetzen können, weil sie langfristig auf gutes Einvernehmen mit den Politikern angewiesen sind, kann Kasachstan rücksichtslos vorgehen. Zudem steht eine Indiskretion mit unbekannter Absicht am Anfang der Debatte.

Sie sagen es: Die Bedeutung von Lobbyisten ist gestiegen. Weil die Politiker mit der Fülle ihrer Aufgaben und Themen überfordert sind?

Die Komplexität ist enorm gestiegen, seit das internationale Umfeld ausgehend von der Europäischen Union in nahezu jedem Politikbereich Einfluss entfaltet. Wie viele Politiker verstehen selbst etwas von internationalem Finanzmarktrecht oder Gentechnologie? Hinzu kommt die Beschleunigung der Politik, was die Politik zusätzlich fordert. Lobbyisten haben gute Chancen, weil Politiker namentlich bei der Informationsbeschaffung auf ihre Hilfe angewiesen sind. Sie sind erst dann skeptisch, wenn Lobbyisten ihnen die Entscheidung abnehmen wollen.

Welche Lehren sollten wir aus der Kasachstan-Affäre ziehen?

Es braucht klare Regeln, was erlaubt ist



Politologe Claude Longchamp: «Die Kasachstan-Affäre tut der FDP weh.»

KEY

KASACHSTAN-AFFÄRE

Erstmals nimmt Asat Peruaschew Stellung

Seit die NZZ vor zehn Tagen die Kasachstan-Affäre um die FDP-Nationalrätin Christa Markwalder und Walter Müller lostrat, schwieg er: Asat Peruaschew. Nun bricht der stellvertretende kasachische Generalstaatsanwalt und Spitzenpolitiker sein Schweigen. In einem 7-seitigen Schreiben, das der «Nordwestschweiz» vorliegt, heisst es: «Das Geld, das wir an Burson-Marsteller bezahlt haben, war keine Bezahlung für die parlamentarische Interpellation.» Man sei Markwalder und den Beratern der PR-Agentur aber sehr dankbar für die Unterstützung im Bestreben, «gestohlenen Geld ins Land zurückzuführen». Der Kampf gegen Korruption sei immer eine der Prioritäten seiner Partei

gewesen, schreibt Akzhol-Parteichef Peruaschew in der Pressemitteilung weiter. Im Westen versucht sich die Partei, als Opposition darzustellen, tatsächlich aber ist sie regimennah und dient Staatschef Nursultan Nasarbajew als Feigenblatt gegen Vorwürfe, er unterdrücke jegliche Opposition im Land. Der NZZ wirft Peruaschew vor, «Victor Khrapunov weisszuwaschen und all jene schwarz, die sich getrauen, unbequeme Fragen zum Aufenthalt von Personen wie ihm zu stellen». Der Streit über die Rolle Khrapunovs steht am Ursprung der Affäre. Nasarbajew und Peruaschew bezichtigten den ehemaligen Bürgermeister von Almaty, das kasachische Volk um Hunderte Millionen Franken bestohlen zu haben. Seit 2007 lebt er im Genfer Exil. (DBU)

und was bestraft wird. Wir tun noch immer so, als ob es Lobbying nicht gäbe. Dabei ist es hyperaktiv geworden und in der Schweiz krass unterreglementiert.

Sollte man das Badge-System abschaffen und eine Akkreditierung für Lobbyisten einführen?

Das ist eine Scheindiskussion, weil Lobbying bei weitem nicht nur auf die Schlussabstimmung im Parlament fokussiert. Die entscheidende Einflussnahme passiert ohnehin nicht in der Wandelhalle. Viel wichtiger ist der vorparlamentarische Prozess in der Verwaltung, im Bundesrat und in den parlamentarischen Kommissionen.

Was schlagen Sie stattdessen vor?

Die Kommissionsarbeit sollte transparenter werden. Zwar hat die Arbeit hinter verschlossenen Türen den Vorteil, dass ein Politiker seine Meinung ändern kann, ohne deswegen diskreditiert zu werden. Doch das Hearing-System, das etwa der US-amerikanische Kongress kennt, überwiegt diesen Vorteil. Sein Ziel ist grösstmögliche Transparenz. Alle Interessensvertreter können ihre Argumente einbringen, und die Öffentlichkeit kann dabei zusehen.

Sie fordern, dass Kommissionssitzungen via Livestream im Internet übertragen werden?

Das wäre ein Anfang. Wichtiger ist aber, dass sich der Charakter der Kommissionsarbeit ändert. Eine Kommissionssitzung müsste eine öffentliche Anhörung verschiedener Interessen sein.

Dies würde das Wesen der Schweizer Politik, die den Konsens möglichst vieler Interessen und Parteien sucht, von Grund auf verändern.

Die Vorstellung, hiesige Politik sei stets die Suche nach dem Konsens, ist überholt. Bei wichtigen Entscheidungen überwiegt die Allianzbildung, die mehrheitsfähig ist und eine allfällige Referendumsabstimmung besteht.

Die FDP ist die Überfliegerpartei der kantonalen Wahlen dieses Frühlings. Wie gefährlich kann ihr die Kasachstan-Affäre werden?

Die Affäre tut der FDP weh. Präsident Philipp Müller hat den Kurs der Partei in den letzten Jahren weg von der Interessenvertretung ihrer wirtschaftsnahen Klientel hin zu einer Volkspartei korrigiert. Um Volksnähe herzustellen und Distanz zur Wirtschaftselite zu schaffen, hat er gar UBS-CEO Sergio Ermotti beleidigt. Der Fall Markwalder hat nun das Bild der typisch eigensinnigen Interessenpolitik wieder reaktiviert - und der FDP ein Glaubwürdigkeitsproblem beschert.